

## Die Mehrheit will ein gerechteres Deutschland!

Mehr als 366.000 Menschen sind am 1. Mai dem Aufruf des DGB und seiner Mitglieds-gewerkschaften gefolgt. Unter dem Motto „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ machten sie klar: Der Acht-Stunden-Tag darf nicht infrage gestellt, der Sozialstaat nicht gekürzt werden. Die Beschäftigten dürfen nicht für die Krise zahlen. Gute Arbeit und eine gerechte Verteilung des Wohlstands sind das Gebot der Stunde!

Eine aktuelle [Studie](#) im Auftrag des WDR zeigt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung das ähnlich sieht. 81 % der Befragten empfinden die Wohlstandsverteilung in Deutschland als ungerecht - und das parteiübergreifend. Ganz klar abgelehnt wird die Behauptung, wir müssten „endlich wieder mehr arbeiten“, um unseren Wohlstand zu sichern. Fast zwei Drittel der Bevölkerung halten diese Aussage für falsch, besonders junge Menschen und Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen. Auch Kürzungen bei Kranken-, Pflege- und Renten-versicherung lehnen drei Viertel der Befragten entschieden ab.

Für diese klaren Positionen gibt es gute Gründe: Während Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen finanziell kaum über die Runden kommen, werden große Vermögen und Erbschaften hierzulande kaum und Kapital-einkommen nur wenig besteuert.

Eine gerechtere Wohlstandsverteilung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der gesellschaftlichen Stabilität und des wirtschaftlichen Erfolgs. Eine zu starke Konzentration von Wohlstand führt dazu, dass immer weniger Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das schwächt die Kaufkraft, bremst wirtschaftliche Entwicklung und verschärft soziale Spannungen. Wenn sehr hohe Vermögen nicht besteuert werden, fehlen dem Staat Mittel für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Ungerechte Wohlstandsverteilung

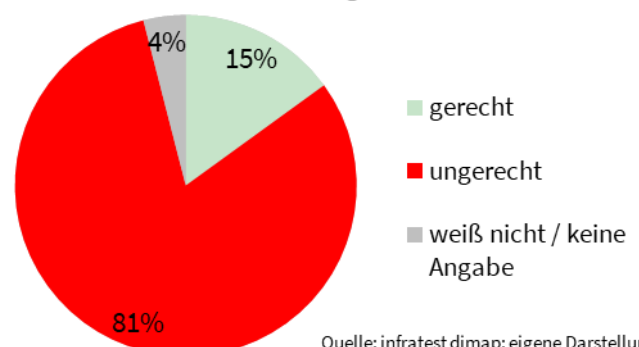
schadet damit nicht nur denen, die wenig haben, sondern der gesamten Gesellschaft.

Wie kann die Verteilung gerechter gestaltet werden? Über 60 % der Befragten sprechen sich für die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die seit 1997 ausgesetzt ist, sowie für höhere Erbschaftsteuern auf sehr große Vermögen aus. Interessant ist, dass auch über 60 % der CDU/CSU-Wähler\*innen diese Maßnahmen unterstützen. Lediglich die Anhänger\*innen der AfD lehnen Vermögen- und Erbschaftsteuern mehrheitlich ab. Wenn die Unionsparteien ihrer Wählerschaft und nicht nur den Mega-Reichen gerecht werden will, darf sie eine Vermögensteuer und eine gerechtere Erbschaft- und Schenkung-steuer nicht blockieren.

Die [Steuerreformvorschläge](#) des DGB setzen sich seit Langem für eine gerechtere Verteilung, eine gezielte Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen und die Besteuerung von Vermögen ein. Sie folgen dem Leistungsfähigkeitsprinzip: Wer mehr leisten kann, soll auch mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Doch gerechte Steuern allein reichen nicht. Gute Löhne und eine höhere Tarifbindung sind ebenso entscheidend. Mit Tarifvertrag ist im Schnitt 11 % mehr Gehalt drin. Wenn die Regierungsparteien künftig bei der Bevölkerung überzeugen wollen, müssen sie die Verteilungsfragen ernst nehmen und sich für eine gerechtere Wohlstands-verteilung in Deutschland einsetzen.

So denken die Menschen über die Wohlstandsverteilung in Deutschland



Quelle: infratest dimap; eigene Darstellung